

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 8/19**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## **Mülheimer Bürgerentscheid zur VHS-Wiedernutzung am 6. Okt.!**

Im Sommerloch 2019 war die Mülheimer Stadtverwaltung vollauf beschäftigt mit selbst verursachten Gordischen Knoten am Fließband: Bis Ende Aug. muss der Haushaltsentwurf für 2020 stehen, obwohl die für 2018 und 2019 real gescheitert sind. Auch die Haushaltsbeschlüsse vom letzten Dezember sind nicht umsetzbar: Ein völlig neues ÖPNV-Konzept ist nicht erkennbar nach dem indiskutablen "Netz 23", beim Personal jährlich 6 Mio. einzusparen ist ein weiteres Rätsel, während ansonsten weiter gemacht wird wie immer. Wie bei etlichen anderen Fehlentwicklungen auch, kommt das VHS-Abenteuer für die Stadt teuer zu stehen. Doch wenigstens dabei haben engagierte Bürger eine leider nur spät mögliche Notbremse mit dem Bürgerentscheid ziehen können. Mit Händen und Füßen, Falschinformationen und viel Trickserei wehrten Verwaltung und Ratsmehrheit sich nach der überfallartigen Schließung des VHS-Denkmal in der MüGa zwei Jahre lang, die Bürgerschaft über die VHS-Zukunft entscheiden zu lassen.

### **Der VHS-Skandal: Jetzt dürfen endlich die Bürger entscheiden**

Kaum überraschend errechneten die "freihändig" ausgesuchten Gutachter eine Fantasiesumme von 30 Mio. Euro für Sanierung und 30 Jahre Betrieb des VHS-Gebäudes in der MüGa und nur 12,2 Mio. für Anmietung des als VHS völlig ungeeigneten ehemaligen AEG-Fabrikgebäudes Aktienstr.. Es bedarf keines Gutachters, um z.B. zu wissen:

**Eine abschnittsweise Sanierung der denkmalgeschützten VHS ist natürlich möglich!!**

Es müssten Abschnittspläne für die Sanierung während des Betriebes der VHS erstellt werden. Teilsanierungen würden in fortlaufende Haushaltpläne nach und nach aufgenommen. *"Die eigentlich notwendige Brandschutzsanierung sei um ein Vielfaches günstiger als das im Gutachten geschnürte Gesamtpaket. „Absolut lächerlich“ seien die aufgerufenen 30 Millionen Euro", so der VHS-Architekt in der WAZ am 3.8.19.* Herr Teich bietet an, sich mit dem Darmstädter Gutachter Prof. Pfeifer in das gesperrte Gebäude zu begeben und ein eigenes, **für die Stadt kostenloses Gutachten zu erstellen für eine schrittweise Sanierung.**

### **Verpasste Chancen in Berlin bei der Grundsteuerreform?**

Die GroKo-Minister Seehofer, Giffey und Klöckner stellten im Juli die Studie zu den nicht gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland vor. Sie versprachen Abhilfe, aber nichts wirklich konkret. Die sehr unterschiedlichen Belastungen der Bürger bei Kommunalsteuern und -abgaben kamen nicht vor. Weil diese in den ärmeren Regionen häufig viel höher liegen als in reichen Städten, wird das Auseinanderdriften immer mehr befördert und verstärkt. Ganz deutlich wird dieser Fehlmechanismus aber bei der Grundsteuer, bei der jede Kommune ihre eigenen Hebesätze festlegen darf, das bewegt sich dann bundesweit zwischen 80% bis knapp 1000% des Einheitswertes.

### **Glückwunsch zur Überreichung des "Rheinlandtalers" an die Regler Produktion!**

Der LVR (Landschaftsverband Rheinland) zeichnet in einem Festakt am 28. August an der Freilichtbühne die Regler für ihre "ehrenamtlichen Verdienste um die Alltagskultur sowie die Landes- und Regionalgeschichte" mit dem Rheinlandtaler aus. Wenn das jemand verdient hat, dann die Regler, die mit viel Engagement und hervorragenden Konzepten die schöne Freilichtbühne aus dem Dornröschenschlaf erweckten und zu einem kulturellen highlight machten! **Die MBI freuen sich mit den Reglern und wünschen ihnen weiterhin alles nur erdenklich Gute!**

#### **Auf den folgenden Seiten:**

- Beim VHS-Bürgerentscheid am 6. Oktober teilnehmen und mit Ja stimmen! ..... S.2+3
- MBI existieren schon 20 lange Jahre! Nötig wie Nie – MBI! ..... S. 4

**Einlegeblatt:** Multikulti gescheitert und Parallelgesellschaften außer Kontrolle?  
"Eingeborene" in Deutschland demnächst in der Minderheit?

## Beim VHS-Bürgerentscheid am 6. Oktober mit Ja stimmen!

### Eine Mülheimer Schande kann durch das Votum der wahlberechtigten Mülheimer und Mülheimerinnen am 6. Okt. endlich korrigiert werden!

Die Fragestellung beim Bürgerentscheid lautet:

*„Sollen VHS-Grundstück und –Gebäude in der MüGa im Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?“*

Wenn mindestens 10% der wahlberechtigten Mülheimer/innen – etwas über 13.000 – mit Ja stimmen und weniger mit Nein, ist der Bürgerentscheid erfolgreich und muss wie ein Ratsbeschluss umgesetzt werden.



Links das Titelblatt des VHS-Programms für das 2. Hj. 2019, das auch auf Litfaßsäulen in groß zu sehen ist. Doch das Plakat drückt nicht die Gefühlslage der Kursteilnehmer und Dozent/innen in dem notdürftigen VHS-Standort an der Aktienstraße aus, im Gegenteil! Viele sind sehr unglücklich über die völlig ungeeignete Ersatz-VHS in dem ehemaligen AEG-Fabrikgebäude an der verkehrsreichen Straße. Das ungleich besser geeignete denkmalgeschützte VHS-Gebäude in der MüGa steht seit der überfallartigen Räumung im Sept. 2017 aber leer.

#### **Stimmen Sie beim Bürgerentscheid am 6. Oktober mit Ja für Erhalt und Wiedernutzung unserer einzigartigen VHS in der MüGa**

Im Kommunalwahlkampf 2014 forderten die MBI vehement und als einzige eine Bestandsgarantie für die bewährte und beliebte VHS in der MüGa. Bereits damals war nämlich erkennbar, dass der VHS-Betrieb auf dem hochattraktiven Gelände einflußreichen „Strategen“ ein Dorn im Auge war. Dabei war die VHS als Teil des Gesamtensembles mit Schloß, Ringlokschuppen, Camera Obscura, Stadthalle und MüGa-Park inkl.

des überaus beliebten Matschspielplatzes neben der VHS ein wichtiger Baustein dieses bedeutenden kulturellen Herzstücks der Stadt. Als Volkshochschule wurde beispielhafte Arbeit geleistet nicht nur in den Pflichtbereichen Weiterbildung und Integration, sondern auch in vielen kulturellen und politischen Veranstaltungen sowie Kursen der Freizeitgestaltung. Die VHS war bestens besucht, wobei das Gebäude mit dem Forum und den vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten ziemlich einzigartig der Begegnung von Menschen förderlich war.

Die Mülheimer Volkshochschule an der Bergstr. wurde **1979 eröffnet**. 2004 wurde sie bei der 25-Jahr-Feier von hochrangigen Politiker/innen diverser Couleur in allerhöchsten Tönen als besonders vorbildlich gelobt.

Bei den Brandschauen 2007 wurden diverse Brandschutzmängel aufgelistet, u.a. die fehlende Schottung in den Durchbrüchen. Deshalb wurden im Haushalt 2008 ca. 2 Mio. € im Haushalt eingestellt für VHS-Sanierung, die aber in der Folge Jahr für Jahr zwar im Haushalt standen, aber bis heute nie abgerufen wurden.

Von 2009 bis 2012 wurde die VHS für Gremiensitzungen der Lokalpolitik genutzt, weil das Restrathaus des historischen Teils für über 50 Mio. € saniert wurde, während der Rathausneubau kurz vorher für Ruhrbania abgerissen worden war.

**2013** forderte die MST-Chefin dann anstelle der VHS ein Hotel am MüGa-Rand für Teilnehmer an Kongressen in der Stadthalle, doch sie stieß nur auf vehemente Kritik aus der Bürgerschaft.

**Direkt nach der Wahl 2014** verkündete OB Mühlenfeld, sie werde sich mit dem hochattraktiven VHS-Gelände für die Sparkassenakademie bewerben, auch noch in Konkurrenz zu der Bewerbung mit dem Kaufhofgelände. Die große Ratsmehrheit und die Lokalzeitungen befürworteten das OB-Vorhaben trotz großer Widerstände in der Bevölkerung und Kulturdezernent Ernst entwarf Pläne für die Aufteilung der VHS auf Stadtteile und Nachbarstädte. **Die BI zum VHS-Erhalt bildete sich und die MBI stellten beim Landeskonservator den Antrag auf Denkmalschutz.**

Die Sparkassenakademie kam nicht nach Mülheim und auch der nächste Versuch, die VHS aus der MüGa weg auf das Kaufhofareal zu verlagern, scheiterte. Trotz aller Verzögerungsversuche der Stadt musste die VHS Ende 2016 in die Denkmalliste eingetragen werden, das zugehörige Fachgutachten des LVR



bescheinigte dem Gebäude und seiner Funktionalität Einzigartigkeit und herausragende Bedeutung. Die VHS schien gesichert und die lange verzögerte Sanierung und Nachbesserung des Brandschutzes hätte durchgeführt werden können. Allerdings weigerte sich das Ernst-Dezernat verdächtigweise, eine belastbare Zukunftsvision für die VHS zu entwickeln.

Im **Sept. 2017** wurde die VHS dann überfallartig geschlossen wegen Brandschutzmängeln, welche im Wesentlichen aber alle seit 2007 bekannt waren. 5500 Besucher und über 200 Dozent/innen wurden böse vor den Kopf gestoßen. Die Stadt weigerte sich, eine abschnittsweise Sanierung bei laufendem Betrieb durchzuführen, wie überall woanders üblich, u.a. bei der Gustav-Heinemann-Gesamtschule. Anstelle dessen beschloss der Stadtrat ein aufwendiges Gutachten über Standortalternativen für die Pflichtaufgabe VHS und die Anmietung von Teilen des ehemaligen AEG-Fabrikgebäudes an der Aktienstraße. Das von der BI sehr erfolgreich angestrebte Bürgerbegehren für Erhalt und Wiedernutzung der VHS in der MüGa wurde von „der Stadt“ als angeblich unzulässig abgelehnt, was über Gericht korrigiert werden musste! Ferner lehnte „die Stadt“ barsch das Angebot des VHS-Architekten Teich ab, auf seine Kosten ein Gutachten zu erstellen und verweigerte ihm jeglichen Zutritt zu seinem eigenen, einst preisgekröntem Werk.

Im **Oktober 2018** stellte sich auf MBI-Nachfragen heraus, dass die im Ratsbeschluss vom 7.12.17 vorgesehene EU-weite Ausschreibung des Gutachtens zur VHS-Zukunft eigenmächtig von der Verwaltung unterlassen und in eine freihändige Vergabe abgeändert worden war. Im Rat am 8. November 2018 wurde der MBI-Antrag, die gesamte, noch nicht endgültige Vergabe anzuhalten und den Architekten Teich um das versprochene Gutachten zu bitten, mehrheitlich abgelehnt.

Einen Tag nach der regulären letzten Ratssitzung **vor der Sommerpause 2019** wurde das „Gutachten“ präsentiert, welches wenig überraschend die langjährige Anmietung des für eine sinnvolle VHS nicht geeigneten Gebäudes an der Aktienstr. als billigste Variante erklärte. Die angeblichen Kosten für Sanierung und Nutzung des leerstehenden VHS-Denkmal in der MüGa war auf sagenhafte über 30 Mio. € hochgeschraubt. Ausrede genug für den Stadtrat, sich nicht den Forderungen des Bürgerbegehrens anzuschließen.

**Deshalb können nun die wahlberechtigten Mülheimer /innen am 6. Oktober an der Urne entscheiden, ob sie dem abgekarteten Spiel um die Zerstörung ihrer VHS ein Ende bereiten wollen.**

Die vorher bestens funktionierende Mülheimer VHS mit über 500 Kursen bot zum letzten Semester 43% weniger Kurse an als vor der überfallartigen Schließung im Sept. 17 und auch die Anmeldungen sind selbst für diese Restkurse insgesamt eher rückläufig. Diese erbärmliche Entwicklung eines sehr wichtigen Teils von Bildung darf nicht weiter hingenommen werden!

Insbesondere die Bereiche, für die eine VHS zuständig sein muss, haben aber einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren, nämlich Weiterbildung in Zeiten der Globalisierung, Integration in Zeiten massiver Zuwanderung und Stärkung der Demokratie in einer rapide auseinanderdriftenden Gesellschaft. Umso schlimmer ist es, dass die bis 2017 für die neuen Herausforderungen gut aufgestellte Mülheimer VHS seit 2 Jahren systematisch dezimiert und verkümmert wurde. Es geht nämlich bei der Erwachsenenbildung nicht

nur um Wissensvermittlung, sondern mindestens genauso viel um Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten in einer sich schnelllebig und dramatisch verändernden Welt für immer mehr vereinzelte Menschen auch in Mülheim. Die VHS in der MüGa bietet dafür beste Voraussetzungen, im Gegensatz zum Ersatzstandort an der Aktienstraße. Es ist ein Hohn, dass der angebliche finanzielle Vorteil dieses angemieteten, ungeeigneten VHS-Ersatzes hauptsächlich darauf beruht, dass dort willkürlich nur die Hälfte der Fläche angesetzt wurde. Es ist höchst bedenklich, dass keine klare Vorstellung davon entwickelt werden durfte, was genau eine zukünftige VHS leisten soll und zum Wohl der Stadt ermöglichen muss.

Hätten die Verantwortlichen dafür VHS-Nutzer und –dozent/innen zu Rate gezogen, hätte es ohnehin nur ein Ergebnis gegeben: Die weitere Nutzung der VHS in der MüGa, natürlich mit den überfälligen Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen. Diese können auch problemlos nach und nach erfolgen, ohne dass Schulen, KiTas oder das Tierheim darunter leiden müssten, wie geradezu erpresserisch angedroht wurde.

**Wer also nicht zulassen will, dass mit der VHS auch noch dieser einstige Aktivposten im städtischen Leben bis zur Unkenntlichkeit reduziert und zerstört wird, muss am 6. Oktober mit Ja stimmen!**

**Integration + Weiterbildung am Sinnvollsten im Denkmal in der MüGa! Ohne Wenn +Aber!**





## MBI existieren schon 20 lange Jahre! Nötig wie Nie – MBI!

Gegründet Ende Juli 1999 erreichte die Wählergemeinschaft MBI (Mülheimer Bürger Initiativen) bei den Wahlen im Sept. 99 auf Anhieb 5,5% der abgegebenen Stimmen. 2001 sprengte der mit viel Geld und Arbeitsplatz gekaufte Yassine die MBI-Fraktion durch Überlauf zur SPD-Fraktion, wodurch die MBI ohne Cent von der Stadt weitermachen mussten. 2004 und 2009 wurden die MBI mit weit über 10% der Stimmen jeweils drittstärkste Fraktion im Rat. 2014 mit erneut über 10% wurden sie von den Grünen überholt.

**In den 20 Jahren haben die MBI Vieles erreicht durch hartnäckiges Dranbleiben, vor allem aber durch Gründung und Unterstützung von Bürgerinitiativen!**

Sicherlich gäbe es ohne MBI kein Freibad in Styrum, wären Hexbach- und Winkhauser Tal, die Heimaterde, der Acker Tinkrathstr., der Schlippenweg, die Allee Leineweberstr. uswuf. in deutlich größerem Maße zerstört. Auch die Regler als Erfolgsstory gäbe es in der Freilichtbühne wahrscheinlich genauso wenig wie



**Für Transparenz und Bürgernähe**

**MBI**

**wählen**



**den Filz**

V.I.S.d.P.: Mülheimer Bürgerinitiativen

die Alte Dreherei sowie den schönen Weihnachtsmarkt am Kirchenhügel und das Fallwerk in Speldorf würde immer noch die angrenzenden Wohngebiete terrorisieren. Der Kampf gegen überhöhte Gas- und Abwasserpreise konnte leider nicht gewonnen werden, doch sind die Preistreiber vorsichtiger geworden. Leider nicht zu gewinnen war der Versuch, das Stadtzerstörungsprojekt Ruhrbania zu verhindern oder zumindest zu reduzieren. Die von den MBI vorhergesagten Folgen wie die hundsmiserable Verkehrsführung, die völlig zerrütteten Finanzen und der Niedergang der Innenstadt gehören längst zum traurigen Mülheimer Alltag.

Der Versuch, unsere einzigartige Volkshochschule in der MüGa vor den Immobilienspekulanten zu retten, geht bereits in die dritte und hoffentlich letzte Runde. Noch ist nichts entschieden, denn eine starke BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" stemmt sich mit einem erfolgreichen Bürgerbegehren gegen den von langer Hand geplanten bösen Coup von Verwaltung und Ratsmehrheit, dieses denkmalgeschützte Juwel für Stadtkultur und Demokratie beseitigen zu können. Selbst die Zulässigkeit des

von großen Teilen der Bevölkerung unterstützten Bürgerbegehrens musste erst noch vor Gericht erstritten werden. Weil die Ratsmehrheit sich auch danach nicht dem Bürgerbegehren anschließen wollte, muss nun der **Bürgerentscheid am 6. Oktober an der Wahlurne über die VHS-Zukunft** entscheiden. Deshalb rufen die MBI weiter zu Spenden für den Kampf um unsere VHS auf: IBAN: DE 82 36060591 0010 9334 16 bei der Spardabank

### Die wichtigsten Oberziele und Forderungen der MBI

**Schluss mit Prestigeprojekten, Umwegfinanzierung, "kreativer Buchführung" und verschwenderischer Kirchturmspolitik!**

- ◆ Gutachteritis, Luftschlösser, Prestigeprojekte u.ä. schnellstens beenden bzw. begrenzen, ob weitere Ruhrbania-Baufelder, Abriss Hochstr. Tourainer Ring, VHS-Verlagerung uswuf..
- ◆ Loslösung vom RWE durch Verkauf oder Tausch der Aktien z.B. gegen medl- oder RWW-Anteile
- ◆ unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West umorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen, u.a. gemeinsamer ÖPNV mit fusionierter Verkehrsgesellschaft auch mit DU, OB u.a., dazu eine einheitliche Gewerbesteuer, koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen, Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden sowie Gesellschaften mit den Nachbarstädten
- ◆ Sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen wie jsg, MST, M&B usw., ob städtisch oder teilstädtisch, und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten
- ◆ Den Immobilienservice (IS) auf gänzlich andere Füße stellen, das Rathaus schnellstmöglich zurückkaufen
- ◆ eine offenere, tabulose Bürgerbeteiligung vor den Entscheidungen, nicht wie auch dieses Jahr wieder in geheimen Mauschelrunden.

# Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** 

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

**M B I**

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

## **Multikulti gescheitert, Parallelgesellschaften außer Kontrolle?!**

Mülheim hatte es Anfang Juli mit einer schrecklichen Geschichte in die bundesweiten Medien geschafft. Nach der Gruppenvergewaltigung einer Frau (18) durch zwei Kinder (12) und drei Jugendliche (14), alle Bulgaren war die Ratlosigkeit groß, weil dies bei weitem kein Ausnahmefall ist. Es ist höchste Zeit, das bisherige naive Multikulti-Leitbild an die Realitäten der vielen Parallelgesellschaften anzupassen, aus vielerlei Gründen.

"WAZ Mülheim 10.7.19: **"SEXUALDELIKT - Mülheim: Inhaftierter (14) nahm an Präventiv-Programm teil"** Der Fall der mutmaßlichen Vergewaltigung am Eppinghofer Bruch schockiert nicht nur die Mülheimer Menschen: Eine Gruppe (Anm.: jugendlicher Bulgaren) im Alter zwischen zwölf und 14 Jahren hat eine junge (Anm.: behinderte, deutsche) Frau überfallen und missbraucht (Anm.: im Rudel vergewaltigt). Mehr Details zum Sexualdelikt werden bekannt: Stadtsprecher Wiebels sagt über einen Tatverdächtigen (14): "Er war auf dem Weg zum Intensivtäter." Der im Fall des Mülheimer Sexualdelikts inhaftierte 14-Jährige hatte schon vor der mutmaßlichen Tat eine Anzeige wegen sexueller Belästigung. "Er war auf dem Weg zum Intensivtäter zu werden", teilt Stadtsprecher Volker Wiebels auf Anfrage mit. Er nimmt seit August 2018 an der Präventionsmaßnahme "Kurve kriegen" des NRW-Innenministeriums teil. Zudem kümmerte sich die sozialpädagogische Familienhilfe "Plan B" um seine Familie....."

Anmerkung:

"**Kurve kriegen**" wurde 2011 ins Leben gerufen als sog. kriminalpräventive Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verhinderung von Jugendkriminalität und soll mehrfach tatverdächtigen Kindern und jungen Jugendlichen helfen, Wege aus der Kriminalität zu finden. Zielgruppe sind auffällige Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 15 Jahren. Bei der Maßnahme arbeiten pädagogische Fachkräfte mit der Polizei zusammen. Die Kosten für einen solchen Intensivtäter belaufen sich zwischen seinem 14. und 25. Lebensjahr laut Wikipedia auf bis zu 1,7 Millionen Euro. Er hinterlässt dabei oft viele Opfer, die teilweise - je nach Art und Schwere des Delikts - traumatisiert werden. Wieviel Landesgelder "Kurve kriegen" benötigt, war nicht heraus zu bekommen.

"**PLANB e.V.**" ist "eine gemeinnützige und interkulturelle Selbstorganisation ... als Brücke zwischen der Aufnahmegesellschaft und der Migrationsbevölkerung" im Ruhrgebiet mit 130 Beschäftigten und Hauptsitz in Herne. Eine Partnergesellschaft heißt "**Vielfalt im Ruhrgebiet**" (**ViR**), die sich abgestimmt mit PLANB im Bereich der stationären Erziehungshilfen engagiert. Wieviel EU-, Bundes-, Landes- und kommunale Zuschüsse die beiden Vereine erhalten, war den Jahresberichten nicht zu entnehmen.

Auch diese sozialpädagogischen Gesellschaften sind nicht immer erfolgreich, wie nicht nur der neueste Fall aus Mülheim zeigt. Die (Sikh-)Tempelbomber in Essen waren islamistische Jugendliche aus Gelsenkirchen, die trotz "Kurve kriegen" selbige nicht kriegen wollten. Auch in der PlanB-Zentrale Herne gab es im Juni einen ähnlichen Fall wie nun in Mülheim, was aber erst jetzt öffentlich gemacht wurde.

Unabhängig von den gut gemeinten und sicherlich sehr teuren sozialpädagogischen Programmen muss man m.E. die gesamte Diskussion anders führen, will man die Dinge nicht noch weiter eskalieren lassen.

Mülheim oder Herne, davor die schlimme Massenvergewaltigung durch bulgarisch-türkische Jugendliche in Velbert. Auch außerhalb des Ruhrgebietes kommen wohl nur die ganz schlimmen Fälle in die außerörtlichen Medien. Beim brutalen Sexualmord der 14-jährigen Susanna in Mainz durch einen irakischen Asylbewerber wurde diesem durch Gutachter eine schwere Persönlichkeitsstörung mit psychopathischen Zügen attestiert, weshalb er lebenslänglich bekam. Abschiebung in den Irak ist höchst unwahrscheinlich. Der Prozess gegen die 12 Rudelvergewaltiger einer 18jährigen Deutschen in Freiburg (10 Syrer, 1 Algerier, 1 mit deutschem Pass) hat gerade begonnen.

b.w.

Im Oktober 2016 vergewaltigte der Flüchtling Hussein K. eine Studentin (19), danach ermordete er sie. Er wurde später zur Höchststrafe verurteilt. Etliche andere Fälle wie der schlimme Mord in Kandel usw. gingen im üblichen ideologisch verfärbten Mediengewitter folgenlos unter, wenn man davon absieht, dass Gerichte und Knäste allein durch diese ganzen Fälle der Folgeprobleme einer hochgradig naiven, realitätsverweigernden Multikulti-Ideologie längst ihre Kapazitätsgrenzen erreicht und überschritten haben.

Sonntagsreden helfen nicht mehr weiter, wenn selbst der Freibadbesuch durch Jugendliche aus anderen kulturellen Welten zum Risiko werden könnte, wo dann Hundertschaften der Polizei eingreifen müssen wie auch bei bestimmten Hochzeiten oder Clan-Aktivitäten oder auch nur, wenn sich mitunter selbst bei Knöllchen oder Polizeikontrollen in Windeseile Landsleute versammeln wie an Ostern in Mülheim-Styrum. Die ganzen reflexartigen Relativierungen, Einzeltätersprüche und Psychologisierungen lenken von den wirklichen Problemlagen ab, so dass in der noch-Mehrheitsgesellschaft bei verunsicherten Eingeborenen, ob ohne oder mit Migrationshintergrund, immer mehr der Wunsch nach viel härterem Durchgreifen wächst. Wenn die Probleme nicht bald anders angegangen werden, muss man Schlimmeres befürchten.

Also: Zuallererst muss man endlich zugestehen, dass die jahrelange, unregelmäßige Massenzuwanderung nicht nur die deutschen Sozial-, Bildungs- und Justizsysteme überfordert und vor immer größere Zerreißproben stellen wird, ganz besonders, wenn die bisher üppigen Steuereinnahmen deutlich zurückgehen, wie bereits absehbar.

Dann aber muss man endlich eingestehen, dass diverse Parallelgesellschaften mit dem Grundgesetz eindeutig widersprechenden Wertvorstellungen ihr Eigenleben führen, natürlich mit viel staatlicher Unterstützung. Der Staat hat trotz vieler Anstrengungen bereits oft die Kontrolle verloren.

Die meinungsbildenden Medien sind mit Feminismus-Herrschaftswünschen, transgener und CO2-"Neutralität" in allen Facetten vollends woanders, mal abgesehen davon, dass diese ganzen Geschichten gerade den meisten Parallelgesellschaften völlig am A..... vorbeigehen.

**Kurzum: Multikulti als Leitbild einer am Grundgesetz und den Menschenrechten orientierten deutschen Gesellschaft ist bereits weitgehendst brüchig und wird zu größeren Brüchen und Auseinandersetzungen führen, wenn die bisherige kindisch-naive Politik weitergeführt wird, bis dann nix mehr geht außer dem Faustrecht.**

---

## **"Eingeborene" in Deutschland demnächst in der Minderheit?**

Nur noch lächerliche 3 Tage ging die Saarer Kirmes in Broich auf dem beengten Stadthallenparkplatz, da der Kirmesplatz in Saarn mit Flüchtlingsunterkünften belegt ist. Die allermeisten Kirmesbesucher waren Menschen mit Migrationshintergrund, zu Ferienbeginn noch ausgeprägter als sonst z.B. in der Innenstadt. Viele Kleinkinder und Kinderwagen bestimmten das bunte Bild, dominiert von türkisch-arabischen Menschen inkl. vieler auch sehr junger Mädchen mit Kopftuch. Nur wenige gemischte Gruppen etwa von Jugendlichen waren anzutreffen und wenn, dann nur vereinzelt schwarze Jungen oder Mädchen zusammen mit weißen. Das dokumentierte, wie sehr die Parallelgesellschaften sich bereits immer getrennter voneinander verhalten. Als Mülheimer fühlte man sich in der eigenen Stadt auf der eigenen Kirmes ohnehin etwas fremd. Kürzlich war in der Neuen Züricher Zeitung zu lesen, dass in immer mehr deutschen Städten die "eingeborene" Bevölkerung nicht länger die absolute Mehrheit stellt. In Offenbach z.B. haben nur noch 37 Prozent der Einwohner keinen Migrationshintergrund, in Frankfurt knapp 47 Prozent. Der wahrnehmbare "Überfremdungsgrad" ist dabei real noch höher, denn "Migrationshintergrund" meint lediglich, dass jemand selbst oder mindestens ein Elternteil ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren ist. Viele hier lebende Deutschtürken fallen daher nicht mehr unter diese Definition. Noch betrifft der Trend vorerst nur urbane Ballungsräume zumeist im Westen, weniger ländliche Regionen, doch er ist kaum noch umkehrbar und wird bald auch in der Provinz flächendeckende Realität. Nur noch einige Zeit werden die eingeborenen Deutschen wegen gestiegener Lebenserwartung die größte Einzelgruppe stellen, bevor sie endgültig zur ethnischen Minderheit werden. Das wird noch dauern, ist aber unausweichlich, wenn alles so weitergeht. **In Deutschland geschieht die schleichende Verdrängung der "hier schon länger Lebenden" (A. Merkel) durch "die, die nun mal da sind" (ebenfalls Merkel).** Millionen Menschen aus Weltregionen mit mittelalterlichen Regeln, Sitten und Gebräuchen können diese oft hier ungestörter ausleben als selbst in ihren Herkunftsländern. **Am Ende ist das Staatsvolk aus der Verfassung dann nur noch eine beliebige zufällige Ansammlung von Menschen; halt "jeder, der hier lebt" (erneut Zitat Merkel).**

Die heraufziehende Flaute der Weltwirtschaft wird auch beim Export-Weltmeister Deutschland mit seinen hohen Steuereinnahmen die o.g. Entwicklungen deutlich beschleunigen, wenn kein Umdenken einsetzt.